4|23 Juli/August

PRO LIBERTATE

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Janosch Weyermann
Stadtrat und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Bern-Bümpliz
janosch_weyermann@hotmail.com

Nachhilfekurs beim Gebührensender

Das Schweizer Radio und Fernsehen SRF bietet seinen Journalisten neu eine interne Weiterbildung in «politisch objektiver Berichterstattung» an. Dabei werden die SRF-Verantwortlichen doch eigentlich nie müde zu betonen, dass sie stets ausgewogen und politisch neutral berichten würden. Mittlerweile ist selbst die interne Ombudsstelle in unzähligen Fällen zu einem anderen Schluss gekommen. Eigentlich sollte für Journalistinnen und Journalisten generell und speziell für diejenigen beim Zwangsgebühren-Sender eine objektive Berichterstattung eine Selbstverständlichkeit sein. Immerhin kommt mit der neuen Weiterbildungsmöglichkeit nun das späte Eingeständnis, dass es mit der Objektivität wohl doch ein bisschen hapert. Kurios ist jedoch, von wem die interne Weiterbildung geleitet werden soll: Kommunikationswissenschafter Marko Kovic, ein bekennender Sozialist, der auf Twitter gerne mal polemisch und unter der Gürtellinie gegen Andersdenkende austeilt. Echte Ausgewogenheit sieht anders aus!

HOMMAGE AN DIE SCHWEIZER NEUTRALITÄT

Dr. med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz und Mitinitiant «Neutralitätsinitiative», Baar ZG

Wie kein anderes Land verfügt die Schweiz über eine jahrhundertelange, glaubwürdige Neutralität. Diese glaubwürdig verankerte Neutralität hat es unserem Land ermöglicht, in vielen internationalen Konflikten ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen.

Die aktuelle Weltlage zeigt auf dramatische Weise die Notwendigkeit für ein Land wie die Schweiz, das zwischen Kriegs- und Konfliktparteien vermitteln und eine Plattform für Verhandlungen bieten kann. Trotzdem versuchen gewisse Kreise im Inland und auch ausländische Diplomaten, Druck auf die Schweiz auszuüben, damit sie sich vollumfänglich an Sanktionen gegen Russland beteiligt und Waffenlieferungen, wenn nicht direkt dann mindestens indirekt, ermöglicht. Der Tenor dieser Neutralitäts-Verwässerer ist immer derselbe: Die Neutralität der Schweiz ist ein Auslaufmodell und muss überdacht bzw. angepasst werden.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden sicherheitspolitischen und aussenpolitischen Gleichschaltung von EU und europäischem Arm der NATO werden die Rufe nach einer «Relativierung der Neutralität» zugunsten

einem falsch verstandenen Solidaritätsdenken immer lauter. Diesen Totengräbern der Neutralität ist folgendes entgegenzuhalten:

1. Die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität ist absolut und auf den Ernstfall ausgerichtet. Sie kann nicht leichtfertig und nach Belieben aufgrund eines aktuellen Ereignisses modifiziert werden. So gibt es keine «Putin-Neutralität» oder ähnliches. Die uns anlässlich des Wiener Kongresses auch mit dem Plazet von Russland garantierte immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität setzt gegenüber dem Ausland und unseren Partnern ein unmissverständliches Signal, dass wir langfristig verlässlich und ganzheitlich an unserer Neutralität festhalten und sie notfalls mit unserer Armee verteidigen werden.

2. Der Begriff der Neutralität richtet sich grundsätzlich auf Kriege. In einem Krieg gibt es immer Angreifer und Verteidiger. Es ist somit intellektuell unredlich, in Bezug auf den Russland-Ukraine Konflikt die Neutralität situativ zu relativieren oder gar zu schleifen, um sich einseitig gegen einen Angreifer zu positionieren. Für einen neutralen Staat ist das «gut-böse» Denkschema ausser Kraft gesetzt, was es ermöglicht, die guten Dienste anzubieten. Dass Wladimir Putin den Artikel 51 der UN-Charta für sich reklamiert, um einem anderen Verbündeten zu Hilfe zu eilen, ist völkerrechtlich möglicherweise gedeckt, aber sicher problematisch, aber dennoch nicht aussergewöhnlich: Auch China und die USA haben öfters auf diesen problematischen Artikel zurückgegriffen, letztere ohne dass es je zu einem Aufschrei gekommen wäre. In diesem Zusammenhang sollte gerade in einem neutralen Staat wie der Schweiz tunlichst darauf geachtet werden, keine Doppelmoral entstehen zu lassen.

3. Unsere Eliten wissen, dass die Neutralität im Volk tief verankert ist. Deshalb glauben sie, in heuchlerischer Art und Weise operieren zu müssen, indem sie gegen innen die Neutralität propagieren und gleichzeitig gegen aussen parteiisch auftreten. So hat der Bundesrat leichtfertig Hand geboten zu Sanktionen gegenüber Russland, so etwa zur Blockade von russischen Konten in der Schweiz. Das hat sowohl unserer Glaubwürdigkeit als auch unserem Wirtschaftsstandort massiv geschadet: So haben eine grössere Anzahl von Ausländern ihr Kapital aus der Schweiz in andere Länder abgezogen. Es ist durchaus legitim, über den Wert der Neutralität einen Diskurs zu führen. Dieser müsste jedoch unter Einbezug des Souveräns – nämlich dem Volk – an der Urne geschehen.

4. Die bewaffnete Neutralität hat uns gerade im Zweiten Weltkrieg vor äusseren Aggressoren wirksam geschützt. Sie ist kein Auslaufmodell, wie manche uns glauben machen wollen, sondern ganz im Gegenteil ein Zukunftsmodell: Auf der Basis von Glaubwürdigkeit, Kontinuität, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sichern wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit gerade auch für unsere junge Generation. Unser Volk erwartet vom Bundesrat und unseren Politikern keine Ausübung von Machtpolitik, sondern den Schutz unseres Volkes und die Sicherung unseres Wohlstands. Gerade dem Bundesrat obliegt die Pflicht, unsere Neutralitätspolitik in die Aussenpolitik zu integrieren und unsere Neutralität auf dem aussenpolitischen Parkett verständlich zu erklären. Im Bereich der guten Dienste, der Aufnahme von Flüchtlingen – wie zurzeit aus der Ukraine – sowie umfassenden Verhandlungsangeboten vermag die Schweiz einen grossen Beitrag zur globalen Friedensförderung und Friedenssicherung zu leisten. Diesen Trumpf dürfen wir nicht leichtfertig aus der Hand geben! +

In dieser Ausgabe

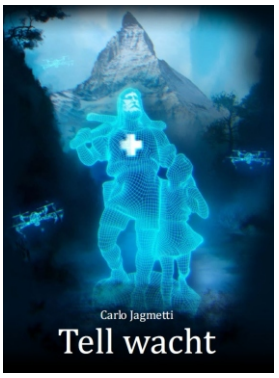
1 Hommage an die Schweizer Neutralität
2 Tell wacht
3 Die Despotie beim Namen nennen!
3 Eine Affäre und ihre Folgen
4 Günstige Mieten in Gefahr
5 Bleibt Korea für immer geteilt?
6 Rüstungsgüter: Keine Leoparden für Deutschland!
7 Eine Ära ist zu Ende

Besuchen Sie uns im Internet:
www.prolibertate.ch

Buch-Tipp

Tell wacht

2020 und 2021 waren Jahre der Pandemie. Es gab Musse, sich Vorstellungen über künftige Entwicklungen zu machen oder gar die Phantasie spielen zu lassen. So setzte sich der Autor gegen Ende der ersten Infektionswelle an das Schreibgerät und verfasste in der zweiten Jahreshälfte von 2020 den Text «Tell wacht». Die Geschichte geht vom Zustand der Schweiz, Europas und der weiteren Welt aus, spielt sich dann aber um die Jahrhundertmitte ab. Es geht um Politik, Diplomatie, Sicherheitsprobleme und insbesondere um den Einschluss der Schweiz in einem Europäischen Einheitsstaat. Diese supranationale und extrem zentralistische Struktur überlebt nicht, und die Schweiz erlangt ihre Unabhängigkeit wieder. Es handelt sich bei diesem Text um Fiktion. Es geht nicht etwa um einen Versuch, eine zukunftsträchtige oder gar zukunftsweisende Vision darzustellen. Anderseits schildert der Autor Entwicklungen, die nicht völlig ausgeschlossen werden können. Wilhelm Tell steht am Anfang und am Ende. Seine Symbolkraft ist immer präsent. Tell wacht. +



Carlo Jagmetti: «Tell wacht», 272 Seiten, Verlag Freiheit & Verantwortung, Lachen.

ISBN 978-3-9525556-2-0
Verkaufspreis: 25 Franken

Leserbrief

Die Despotie beim Namen nennen!

Auf einen Leserbrief von Hans Mäder in den PL-Mitteilungen 3/23 haben wir viele negative Reaktionen erhalten. Gerne publizieren wir stellvertretend für diese Haltung an dieser Stelle einen weiteren Leserbrief im Sinne einer Gegendarstellung:

Geschätztes Redaktionsteam

Erschüttert, betroffen, enttäuscht und zutiefst traurig bin ich nach der Lektüre des Beitrags mit dem verwerflichen und heroischen Bild über den Ukraine Krieg von Hans Mäder aus Zollikofen. Nie hätte ich gedacht, dass solch despektierliches Gedankengut in Ihrem Mitteilungsblatt Einzug hält! Als Mitglied und gelegentlicher Spender bin ich höchst irritiert!

Nun zum Inhalt: Haben Sie sich, Herr Mäder, überhaupt einmal die Geschichte Russlands der letzten 100 Jahre zu Gemüte geführt? Warum hat Stalin Millionen eigener Bürger umgebracht? Wer ist in Ungarn, in die Tschechoslowakei, in Afganistan, in Tschetschenien, in Georgien und in die Ukraine – alles souveräne und autonome Staaten – einmarschiert, wer hat Aleppo in Syrien in Grund und Boden gebombt? Der einzige menschliche, empathische und weitsichtige Präsident Russlands nach dem Zarenreich war Michail Gorbatschow! Was würden Sie sagen, wenn in Zollikofen Kindergärten, Schulen, Kirchen, Heime und Wohnblocks täglich mit Raketen und Drohnen von einem Kriegsverbrecher und Despoten, der sich nicht mehr ins Ausland getraut, ausser in gleichgesinnte Diktaturen, mit vielen Toten terrorisiert und zerstört würden?

Wer hat uns in zwei Weltkriegen mit hohen Verlusten vor dem Untergang bewahrt? Waren es nicht die von Ihnen verhassten Amerikaner? Besuchen Sie mal die Normandie!

Es ist schon erstaunlich, dass es in rechtsbürgerlichen Kreisen, zu denen ich mich auch zähle, Leute gibt, welche zusammen mit den Kommunisten solchen totalitären Staaten wie Russland und China huldigen. Übrigens: In Deutschland marschiert die AfD auch gemeinsam mit den Linken an den sogenannten Friedensdemos. Ich wundere mich nur, dass diese Gruppierungen nicht schon lange ihren Wohnsitz in Moskau – der Hauptstadt des von ihnen gelobten Landes – genommen haben!

Mit einem Schatten behaftet beginne ich die neue Woche.

Max Martin, 4913 Bannwil BE

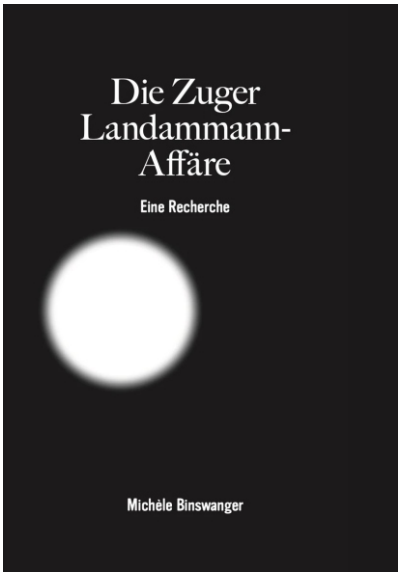
Foto: Pixabay.com

Gesellschaft

Eine Affäre und ihre Folgen

Thomas Fuchs
Grossrat und a/Nationalrat, Präsident Vereinigung PRO LIBERTATE, Bern

Die Zuger Landammann-Affäre ist einer der grössten Schweizer Medienskandale der vergangenen Jahre. Im Rahmen einer politischen Feier kommt es zu einem intimen Kontakt zwischen Markus Hürlimann, Parteipräsident der Zuger SVP, und Jolanda Spiess-Hegglin, der Co-Präsidentin der Alternative/die Grünen. Sie äussert am nächsten Tag bei einer Spitaluntersuchung den Verdacht, es könnten K.O.-Tropfen im Spiel gewesen sein, was eine Kaskade von Ereignissen auslöst: Die Justiz nimmt Ermittlungen auf, der «Blick» veröffentlicht Namen und Bilder der beiden Protagonisten. Während sie vor allem in den sozialen Medien angegriffen wird, lastet auf ihm der Verdacht, er habe sich eines sexuellen Übergriffs schuldig gemacht. Beide Politiker verlieren in der Folge ihre Mandate und kämpfen um ihre Glaubwürdigkeit und Integrität. Was in jener Nacht genau geschah, weiss niemand. Dass die Geschichte nicht vergessen ist, liegt daran, dass bis heute um die Interpretation der damaligen Ereignisse gerungen wird. Die akribische Recherche von Michèle Binswanger auf der Grundlage zahlreicher Gespräche und Quellen schildert die Geschehnisse aus der Perspektive des zu Unrecht verdächtigten Mannes. Sie zeigt auf, wie aus einer privaten Begegnung ein mediales Psychodrama werden konnte, welches das Publikum bis heute beschäftigt. Mehrere Einsprachen verhinderten eine frühere Publikation. Nach zwei Jahren Rechtsstreit erscheint das Buch jetzt doch, womit sich jeder nun ein genaueres Bild über die Hintergründe machen kann. +



Michèle Binswanger: «Die Zuger Landammann-Affäre – Eine Recherche», 219 Seiten, Verlag Truth Publications

ISBN 978-3-033-09660-8
Verkaufspreis: 40 Franken

Günstige Mieten in Gefahr

Ueli Bamert
Kantonsrat und Geschäftsführer
Swissoil, Zürich

In immer mehr Kantonen wird der Ersatz von Öl- oder Gasheizungen erschwert oder gar verboten. Gerade im Gewerbebereich sorgt dies teilweise für grosse Probleme. Ich beleuchte das Beispiel einer Gewerbeliegenschaft im Zürcher Oberland, deren Besitzer sich fragen, wie sie die Räumlichkeiten ihrer Mieterinnen und Mieter zukünftig beheizen sollen.

Der Klimawandel ist seit Jahren das dominierende Thema in der gesellschaftlichen Debatte. Besonders im Fokus stehen dabei die Gebäude, da diese einen relativ grossen Teil zum schweizerischen CO2-Ausstoss beitragen. Viele Kantone sind daher in letzter Zeit dazu übergegangen, die Installation von nichterneuerbaren Heizungen zu erschweren oder gar zu verbieten. So auch der Kanton Zürich: Hier ist es seit dem 1. September 2022 in den allermeisten Gebäuden nicht mehr erlaubt, eine Öl- und Gasheizung zu installieren.

Diese neue Regelung führt insbesondere bei älteren Gewerbeliegenschaften zu grossen Problemen, denn diese sind oftmals nicht nach den heutigen Standards isoliert oder die zu beheizenden Flächen sind zu gross, um mit alternativen Heizsystemen wie etwa Wärmepumpen ausreichend mit Wärme versorgt werden zu können.

Günstige Gewerberäume

Treffpunkt Wetzikon: Hier stehen im Industriequartier mehrere aneinander gebaute Fabrikhallen; die ältesten davon stammen aus dem Jahr 1952, mit den Jahren wurden stetig weitere Hallen angebaut und laufend renoviert. Die heutige Eigentümerschaft setzt sich mit viel Energie dafür ein, dass diese Fabrikhallen weiterhin bestehen bleiben, denn darin wurde über viele Jahrzehnte mit Herzblut für den Schweizer Markt produziert. Aus diesem Grund vermietet sie die Räumlichkeiten auch heute noch zu einem fairen Mietzins an lokale Gewerbetreibende. Dabei steht nicht der Profit im Vordergrund, sondern das Ziel, an diesem Ort auch weiterhin gewerbliche Arbeitsplätze erhalten zu können – insbesondere in Zeiten, da das produzierende Gewerbe immer mehr unter Druck gerät und viele Betriebe ins Ausland abwandern.

Doch nun droht das Engagement der Eigentümerschaft für das lokale Gewerbe unter die Räder zu kommen. Grund ist das neue Energiegesetz, welches im Kanton Zürich seit dem 1. September 2022 gilt, denn dieses verbietet faktisch den Einbau neuer Ölheizungen – aus Klimaschutzgründen. Wie viele andere vergleichbare Gebäude werden die besagten Fabrikhallen in Wetzikon allerdings ebenfalls von einer Ölheizung beheizt. Diese stammt aus den 1970er-Jahren und funktioniert zur Freude der Mieter und der Eigentümerschaft tadellos. Diese hat, in Zusammenarbeit mit ihrem Heizungsmonteur, viel Geld und Aufwand investiert, um das Gebäude energetisch aufzuwerten und den Energieverbrauch zu verringern, ohne die bewährte Ölheizung ersetzen zu müssen.

Damoklesschwert Heizungsersatz

Denn es wäre wohl das Ende der Gewerbeliegenschaft in Wetzikon, wenn die Ölheizung durch eine erneuerbare Heizung ausgetauscht werden müsste. Von Expertenseite wurde der Eigentümerschaft nämlich bereits mehrfach bescheinigt, dass nur eine Ölheizung die nötige Leistung erbringen kann, die nötig ist, um die grossen und hohen Hallen effizient und mit ausreichender Wärme beheizen zu können. Doch wenn mit dem neuen Energiegesetz der Einbau einer neuen Ölheizung höchstwahrscheinlich verboten würde, bliebe als Ausweg nur der Abriss des Gebäudes und ein Neubau – was allerdings das Ende der günstigen Gewerberäume im Wetziker Industriegebiet zur Folge hätte.

Selbstverständlich sieht das neue Energiegesetz bei technischen oder finanziellen Härtefällen auch Ausnahmen vor. Doch selbst im unwahrscheinlichen Fall, dass die Eigentümerschaft eine Genehmigung erhalten würde, wieder eine Ölheizung einbauen zu dürfen, kämen beim Heizungsersatz massive Mehrkosten dazu, denn ein Teil der Energie müsste auf erneuerbarem Weg beigesteuert werden. Mehrkosten, die wiederum an die Mieterschaft weitergegeben werden müssten also an Handwerks-

Zahlen Mieter den Preis für die Klimaschutzvorschriften? Es drohen höhere Wohnkosten. Foto: pixabay.com

und Gewerbebetriebe, die ohnehin unter grossem wirtschaftlichem Druck stehen.

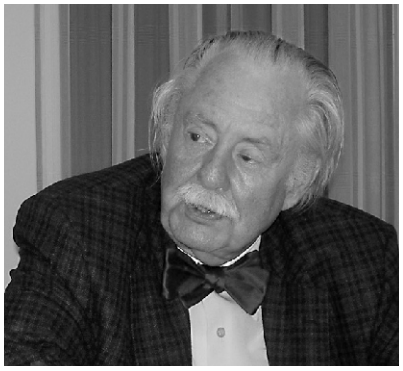
Klimaschutz auf dem Buckel der Bevölkerung

Das Beispiel Wetzikon zeigt: Der im Kern gut gemeinte Klimaschutz kollidiert immer wieder mit sozialen Zielsetzungen. Wenn es nicht mehr möglich ist, dass eine sozial eingestellte Eigentümerschaft unter grossem persönlichem Einsatz und viel gutem Willen günstigen Wohn- oder Gewerberaum zur Verfügung stellen kann, weil die staatlich verordneten Klimaschutzmassnahmen die Kosten durchs Dach treiben, dann läuft wirklich einiges schief. Ironie an der Geschichte: Die derzeitigen Mieter der besagten Gewerbeliegenschaft sind allesamt KMU, die in der einen oder anderen Form in der Gebäudetechnik tätig sind. Ausgerechnet Firmen also, die aktiv dabei mithelfen, den Gebäudepark zu modernisieren, und die somit die Energiewende vorantreiben. Ihnen droht im Falle eines Heizungsersatzes der Verlust ihrer günstigen Gewerberäume. Die Ironie ist mit Händen greifbar.

In ihrer Verzweiflung hat die Eigentümerschaft dem Zürcher Baudirektor Martin Neukom einen Brief geschrieben, in dem sie ihn um eine Stellungnahme bittet. Wie nicht anders zu erwarten, hat die zuständige Direktion mit einem generischen Antwortschreiben reagiert, in dem lediglich auf die verschiedenen Fördertöpfe des Kantons hingewiesen wird. Man sieht im Fall der Wetziker Gewerbeliegenschaft beim Kanton also offensichtlich keinen Widerspruch, ganz nach dem Motto «wo gehobelt wird, da fallen Späne». Für die Eigentümerschaft eine enttäuschende Reaktion. Sie muss mit dem Damoklesschwert über ihrem Kopf leben, dass die Ölheizung eines Tages aussteigt. Zum Glück funktioniert diese noch bestens – man mag es der Vermieterschaft und ihren Mietern wünschen, dass dies noch Jahrzehnte so bleibt. Schliesslich gibt es bis heute keine wirklich effiziente Alternative zu einer Ölheizung, wenn es um die Beheizung von Fabrikhallen dieser Grösse und Höhe geht. +

Asien

Bleibt Korea für immer geteilt?



Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann
Bonn/Königswinter (D)

In diesen Wochen vor 70 Jahren wurde in Korea der Waffenstillstand vereinbart. Bekanntlich hat der mit sowjetischen Waffen ausgerüstete Nordteil den militärisch kaum ausgerüsteten Süden in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt – die südkoreanische Hauptstadt Seoul war mehr zerstört als die Berliner Ruinenstadt 1945. Im Auftrag der UNO bestimmten dann US-Offiziere den 38. nördlichen Breitengrad als neue Grenze zwischen Nord- und Südkorea. Im Gegensatz zum geteilten Deutschland gab es damals kaum Besuche, keinen Telefonverkehr und kaum Postverkehr. Die Zahl der Flüchtlinge, die über die militärische Demarkationslinie, welche 248 Kilometer lang und ungefähr vier Kilometer breit ist, flohen, wurde zunehmend grösser. Hatte der Norden anfangs noch versucht, mit grossem Propagandaaufwand Freunde in der Welt zu finden und zudem Südkorea durch Sabotageakte zu zerstören, hatte Pjöngjang seit Jahren nur ein Ziel: Atommacht zu sein! In der Tat ist Nordkorea heute in der Lage, mit seinen Atomraketen jeden Ort der Welt zu treffen. Es vergeht kaum eine Woche, in der es Südkorea nicht mit seiner Vernichtung droht. Dabei hat das Regime in Pjöngjang selber eigene Probleme: Sein Diktator zeigt sich recht häufig mit seiner Tochter (für sie erschien sogar eine eigene Sonderbriefmarke), die er ganz offensichtlich im Zeichen seiner Dynastie zu seiner Nachfolgerin aufbauen möchte, was in der männerbeherrschten «Koreanischen Volksdemokratischen Republik» aber schwierig sein dürfte.

Auffällig ist zudem die neue Entwicklung, neuartige Interkontinentalraketen mit flüssigem Brennstoff auszustatten, welche von Tankwagen eskortiert werden, die somit sogar US-Festland erreichen können. Im Falle eines Raketenangriffs auf den Süden der koreanischen Halbinsel beträgt die Vorwarnzeit nunmehr nur noch zehn Minuten. So versicherte der US-Präsident, die Vereinigten Staaten würde Südkorea im Falle eines Angriffes auch militärisch verteidigen. Das sind äusserst klare Formulierungen, die Washington nicht einmal gegenüber Peking in der Taiwan-Frage in dieser Härte benutzt hat. Indessen hat Seoul seine Wiedervereinigungspolitik aufgegeben. So hatte die dortige Wirtschaft schon vor Jahren festgehalten, dass die Kosten für den Aufbau Nordkoreas die Volkswirtschaft Südkoreas ruinieren und den Lebensstandard minimieren würde. Meinungsumfragen im Süden unter der Jugend zeigen zudem geradezu eine Abneigung gegen eine Wiedervereinigung Koreas – 71 Prozent von ihnen verlangen sogar eigene Atombomben gegen den Norden! Anfang Mai hat Seoul auch die Familienzusammenführungen auf ein Minimum reduziert. In der Politik sollte man das Wort «niemals» kaum verwenden, doch mehr denn je scheint dies in Korea unmöglich zu sein. +

Foto: ZVG

Rüstungsgüter: Keine Leoparden für Deutschland!

Fred Heer
Divisionär aD und ehemaliger Stellvertreter Kommandant Heer

Für eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit benötigt unsere Armee – neben den anderen Waffengattungen – mindestens drei Mechanisierte Brigaden. Diese haben wir zwar schon heute, aber nur auf dem Papier! Denn nur zwei der drei Brigaden sind mit Kampffahrzeugen ausgerüstet. Die dritte verfügt weder über Kampf- noch Schützenpanzer.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Bestände unserer Panzertruppen rasant abgebaut und von den einst 380 in der Schweiz in Lizenz hergestellten Leopard 2 verfügt unsere Armee heute nur noch über 134 modernisierte Panzer 87 WE. Weitere 96 Panzer 87 (in der Version Leopard 2 A4) wurden stillgelegt, etwa 45 an die Firma Rheinmetall in Deutschland verkauft – nicht «zurück verkauft» – eine Anzahl wurde zu Sonderpanzern, sprich zu Berge-, Minenräum-, Genie- oder Brückenlegepanzern umgebaut und der Rest demontiert und ausgeschlachtet.

Nun haben der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius und Wirtschaftsminister Robert Habeck in einem Schreiben Bundesrätin Viola Amherd ersucht, die stillgelegten Panzer 87 ebenfalls der Firma Rheinmetall zu verkaufen. Sie sollen Panzer ersetzen, die Deutschland und andere EU-Länder in die Ukraine geliefert haben. Diese Idee wird, trotz neutralitätsrechtlichen Bedenken, in der Schweiz von einigen Politikerinnen und Politiker verschiedener Couleurs unterstützt.

Über die militärische Unkenntnis dieser Politiker kann man nur staunen, denn die stillgelegten Panzer sind nicht überzählig – im Gegenteil. Eigentlich sollten die in der Armee noch verbliebenen sechs Panzer- und Mechanisierten Bataillone über total 168 Panzer 87 WE, also 28 Stück pro Bataillon, verfügen. Vorhanden sind aber nur 134 und demzufolge fehlen unserer Armee 34 modernisierte Panzer! Wenn die dritte Brigade ebenfalls ausgerüstet sein sollte, dann würden zusätzlich weitere 28 Panzer benötigt!

Die gleiche unbefriedigende Situation finden wir bei der Ausrüstung unserer Brigaden mit Schützenpanzer (Spz 2000). Die sechs aktiven Bataillone müssten eigentlich über 210 Stück – 35 pro Bataillon – verfügen. Vorhanden sind aber nur 186. Weil seinerzeit aus Spargründen auf die Beschaffung einer zweiten Tranche verzichtet wurde, fehlen der Armee heute 24 Spz 2000. Für die Ausrüstung der dritten Brigade würden zusätzlich weitere 70 Schützenpanzer benötigt.

Seit mehreren Jahren haben militärische Vereine und Organisationen versucht, dem VBS klar zu machen, dass die stillgelegten Leopard 2 Panzer unverzüglich modernisiert werden sollten. Bisher erfolglos, denn weder die Vorsteher des Verteidigungsdepartements noch die Chefs der Armee haben sich mit dieser Problematik ernsthaft befasst. Es ist daher unverständlich, dass im heutigen Umfeld durch politische Vorstösse die stillgelegten Kampfpanzer ins Ausland geliefert werden sollen. Diese müssen im Gegenteil möglichst rasch modernisiert, einsatzbereit gemacht und wieder in unsere Armee integriert werden. +

Erkenntnisse aus der Ukrainischen Verteidigungspolitik

In der Ukraine erfolgte 2021 die Ausarbeitung einer umfassenden Verteidigungsstrategie und eines Resilienz-Konzepts. Das ukrainische Heer wuchs 2022 von rund 25 auf über 50 Manöverbrigaden an, verstärkt durch über 30 Territorialbrigaden (10'000 Vertragskader und über 130'000 Soldaten (Vertragsmiliz). Verstärkt werden diese Truppen überdies durch Freiwilligen-Ortswehren. Die Zivilbevölkerung wäre froh um das, was die Schweiz mit der Zivilschutzkonzeption 1971 hatte. – *Dr. Fritz Kälin*

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Putin, Xi und Biden – unsere Freiheit ist bedroht»

- **Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern**
  Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
  (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)
- **Beginn: 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**

Eine Ära ist zu Ende

Jürgen Schelling
Aero-Revue, www.aeroclub.ch

63 Jahre nach dem Erstflug wurde im Dezember 2022 der letzte fabrikneue PC-6 Porter in Stans ausgeliefert.

Wurde sogar ein Filmstar: Die Pilatus PC-6. Foto: www.pilatus-aircraft.com

Als am 4. Mai 1959 zum ersten Mal eine PC-6 Porter der Pilatus Flugzeugwerke zum Erstflug abhebt, ist die Optik, die ihn später unverwechselbar macht, völlig normal. Der zunächst eingebaute Lycoming-Flugmotor steckt noch unter einer kurzen Cowling. Zwei Jahre später bekommt er als PC-6 Turbo Porter seine charakteristische «Pinocchio-Nase». 63 Jahre später, Mitte Dezember 2022, ist in Stans der letzte Porter ausgeliefert worden.

Das Erfolgsrezept des Porter? Er ist ähnlich vielseitig wie das Schweizer Sackmesser. Bis zu zehn Passagiere, maximal 1200 Kilogramm Fracht oder zwei Ambulanzliegen passen hinein. Er lässt sich auf Ski stellen zum Gletscherfliegen oder auf Schwimmer, um zu wassern. Piloten der Schweizer Luftwaffe nützen den Porter als Transportflugzeug oder setzen Fallschirmaufklärer ab. Als Sprühflugzeug in der Landwirtschaft oder mit einem Wasserbehälter als Feuerlöschflugzeug ist er ebenfalls einsetzbar. Er kann sowohl auf Asphalt als auch auf Sand, Gras oder Schotter starten und landen. In der Schweizer Armee sind teilweise bis zu 15 PC-6 gleichzeitig im Einsatz

Aber erst als Turbo Porter bekommt er sein unverwechselbares Aussehen. Denn mit dem ursprünglichen GSO-480-Sechszylinder hat er zu wenig Leistung. Als PC-6A-Version erhält er bereits 1961 zuerst eine französische Turbomeca Astazou II Propellerturbine. Drei Jahre kommt eine PT-6 von Pratt&Whitney als PC-6B unter die Cowling. Deren heutige Version PT6A-27 ist viel stärker als der Lycoming-Motor, hat aber dennoch weniger Gewicht. Deshalb musste damals die Rumpfnase deutlich in die Länge wachsen, damit der Schwerpunkt wieder stimmte. Durch diese Leistungsexplosion unter der Cowling muss ein PC-6 aber konzentriert gesteuert werden. Da die Propellerturbine so weit vorne montiert ist, zeigt er in der Startrollphase deutliche Ausbrech-Tendenz. Der Pilot muss deshalb ständig mit dem Seitenruder gegensteuern, damit die Spornradmaschine vor dem Abheben in der Mitte der Runway bleibt. Bei einem 50-Fuss-Hindernis vor der Piste reichen 440 Meter zum Abheben und 313 Meter zum Aufsetzen. Der Porter kann auch sehr langsam fliegen. Erst unterhalb von 58 Knoten folgt der Strömungsabriss. Mit maximal 125 Knoten ist allerdings selbst ein Turbo Porter des letzten Baujahrs ziemlich geruhsam unterwegs. Der PC-6 ist auch das erste Schweizer Flugzeug, das im Ausland in Lizenz gebaut wird. Die Firma Fairchild-Hiller produziert ab 1965 im US-Bundesstaat Maryland 92 Exemplare.

Selbst Hollywood wird auf das ungewöhnliche Flugzeug aufmerksam. Im Streifen «Air America» mit Mel Gibson sorgt ein auf abenteuerlichen Buschpisten landender Porter für reichlich Action. Noch heftiger geht es im «James Bond»-Streifen «Goldeneye» zu. Da muss 007 im freien Fall in einen abstürzenden PC-6 einsteigen und ihn wieder unter Kontrolle bringen. Auch im Schweizer Spielfilm «Vitus» von 2005 übernimmt das markante Flugzeug eine tragende Rolle.

Die Karriere als Neuflugzeug findet jetzt nach 63-jähriger Erfolgsgeschichte ihren Abschluss: Die Produktion in Stans ist nach insgesamt 603 entstandenen Porter und Turbo Porter mit der Auslieferung des letzten Exemplars beendet. Mit 63 Jahren durchgehender Produktion ist der PC-6 allerdings noch kein Rekordhalter in der General Aviation: Die Beech Bonanza wird sogar bereits seit 1947 ununterbrochen gebaut, die populäre Cessna 172 mit einem Unterbruch immerhin seit 1955. +

Jetzt anmelden!

Der traditionelle **Herbstanlass** der Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE führt uns zum

Flieger Flab Museum, Dübendorf ZH.

Der Ausflug findet statt am **Freitag, 8. September 2023.**

Melden Sie sich jetzt an! Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Weitere Infos und Anmeldemöglichkeit auf www.prolibertate.ch oder via Tel. 079 302 10 09 (Thomas Fuchs, Präsident).

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Tel. 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, E-Mail info@prolibertate.ch, Website: www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** Grossrat, Stadtrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.

Foroglio TI

Foroglio liegt im Val Bavona, das bei Bignasco in das Maggiatal mündet. Das Dorf ist einer von zwölf Weilern, der für sein unvergleichbares Ortsbild mit seinen traditionellen Steinhäusern, den Rustici, bekannt ist. Foto: David Herzig

Am 1. August feiert die Schweiz ihren 732. Geburtstag!

Wir wünschen Ihnen einen schönen Bundesfeiertag und danken Ihnen für Ihren Einsatz und für Ihre aktive Mithilfe zugunsten einer freien und eigenständigen Schweiz!

Oberst Thomas Fuchs, Präsident der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE und der Vorstand

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ **als Mitglied**
  Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ **als Gönner**
  Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ **als Sympathisant**
  Beitrag nach freiem Ermessen

Foto: © VBS/DDPS

Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

..... Expl. **«Die Zuger Landammann-Affäre – eine Recherche»** zum Preis von 40 Franken
..... Expl. **«Tell wacht»** zum Preis von 25 Franken
..... Expl. **DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **USB-Stick «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **«Operationsziel Schweiz»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
..... Expl. **«Die Schweiz im 21. Jahrhundert»** zum Preis von 20 Franken
..... Expl. **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
..... Expl. **General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre** zum Spezialpreis von 25 Franken
..... Expl. **«Freier Fels in brauner Brandung»** zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
..... Expl. **«Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Marignano 1515–2015»** zum Sonderpreis von 29 Franken
..... Expl. **«Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer»** zum Preis von 29 Franken
..... Expl. **«Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges»** zum Preis von 19 Franken
..... Expl. **«Fauvette – Die stille Front»** zum Preis von 9 Franken
..... Expl. **«Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?»** zum Spezialpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)
..... Expl. **«Identität Schweiz»** zum Preis von 10 Franken

**zzgl. Porto und Verpackung*

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____ 4/23

Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch